

1

905WA
14. April 2014
562
14.4.2014

Stadt Wels Bürgercenter	
Eingel. am	14. April 2014
Abt.:	Dst.:
GZ:	



Antrag der Fraktion „Die Grünen“
für die Gemeinderatssitzung am 28.4.2014

25 Ja (Zustimmung)
6 ~~Nein~~ (ORP)
Enthaltungen

RESOLUTION TTIP-ABKOMMEN

Berichterstatter: Mag. Walter Teubl

DIE GRÜNEN WELS
Rainerstraße 8
4600 Wels
T: 07242 910099
E: wels@gruene.at

Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge folgende Resolution an die österreichische Bundesregierung und an die Europäische Kommission beschließen:

Resolution

**Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
(Transparenz und Standards)**

1. Der Gemeinderat der Stadt Wels ersucht die Europäische Kommission,
 - a. für umfassende Transparenz im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und für einen demokratischen Verhandlungsprozess zu sorgen. Insbesondere sollen das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente laufend über den Fortgang der Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Schaffung einer Freihandelszone TTIP zu informieren und Zugang zu allen Verhandlungstexten bekommen.
 - b. dafür zu sorgen, dass arbeitsrechtliche Normen und gesetzliche Standards für Produktsicherheit sowie für den Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt- und Datenschutz im Zuge dieses Abkommens nicht gesenkt werden.
 - c. das Investor-State Dispute Settlement, das die Entschädigung ausländischer Konzerne für einen behaupteten Verdienstentgang durch gesetzliche Standards erleichtern würde, nicht in den Freihandelsvertrag aufzunehmen.
2. Der Gemeinderat ersucht die österreichische Bundesregierung, sich im Europäischen Rat für obige Forderungen einzusetzen. Sollte diesen vom Europäischen Rat nicht nachgekommen werden, möge die Bundesregierung für ein Aussetzen der Verhandlungen eintreten.

Begründung

Seit Juli 2013 verhandelt die EU-Kommission mit der US-Regierung über ein Investitions- und Freihandelsabkommen mit dem Ziel die größte Freihandelszone der Welt zu schaffen: die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP.

Dabei besteht die konkrete Gefahr, dass das in Europa geltende Vorsorgeprinzip untergraben wird. Dieses verpflichtet Unternehmen nachzuweisen, dass ihre Produkte unschädlich sind. In den USA ist das genau umgekehrt: gentechnisch veränderte Pflanzen können so lange in Umlauf gebracht werden, bis der Nachweis von Risiken oder schädlichen Folgen gelingt. Deshalb könnten unter anderem Tiergesundheits- und Ernährungsstandards unter die Räder kommen und gentechnisch veränderte Nahrungsbestandteile, bedenkliche industriell hergestellte Lebensmittel oder auch Klonfleisch in den Lebensmittelhandel Eingang finden.

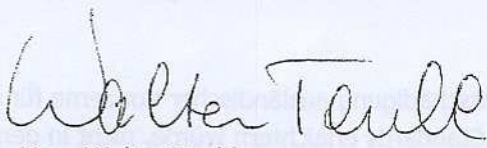
Zudem droht der schleichende Abbau von sozialen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards in den verschiedensten Lebensbereichen. Hervorzuheben ist die Gefahr, dass Datenschutzstandards in Europa abgesenkt und ACTA (Anti-Produktpiraterieabkommen) durch die Hintertür wieder eingeführt wird.

Wird die TTIP tatsächlich vertraglich vereinbart, ist es auch möglich, dass Konzerne auch Staaten klagen können. Auch die „Österreichische Gemeindezeitung“ warnt in ihrer Ausgabe 3/2014 vor der Übermacht der Interessen der Unternehmen.

Die nationalen Parlamente werden ihrer demokratischen Mitwirkungs- und Kontrollaufgaben beraubt, denn die Verhandlungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Erst nach Ende des Verhandlungsprozesses können das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente über das Ergebnis befinden.

Gleichfalls muss klargestellt werden, dass arbeitsrechtliche Normen und gesetzliche Standards für Produktsicherheit sowie für den Verbraucher-, den Gesundheits-, den Umwelt- und den Datenschutz nicht abgesenkt werden dürfen.

Das Europäische Parlament sowie die nationalen Parlamente müssen über den Fortgang der Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Schaffung der Freihandelszone TTIP laufend informiert werden und den Zugang zu allen Verhandlungstexten bekommen.


Mag. Walter Teubl

